

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 59 (1965)
Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : "Der alt böse Feind" ; Was ist Wahrheit? ; Kampf dem Imperialismus! ; Die Rolle der Unterentwickelten ; Der Weg des Kommunismus... ; ...und des Sozialismus ; "An der Schwelle des Dialogs"?

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141060>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Der alt böse Feind» Am Ende des letzten Jahres glaubte ich hier feststellen zu können, daß sich eine Wendung der internationalen Lage zum Bessern abzuzeichnen beginne; Anzeichen dafür seien zum Beispiel im Sieg Johnsons über Goldwater, im Aufkommen einer neuen Labourregierung und im Sturz Chruschtschews zu erkennen. Der Schein hat jedoch wieder einmal getrogen. Nicht daß im Laufe von 1965 umgekehrt eine klare Wendung der Weltlage zum Schlimmen eingetreten wäre. Aber daß die *Gefahr* einer solchen Wendung, besonders durch die stetige Ausweitung des Vietnamkrieges von seiten der Vereinigten Staaten und darum auch, als Antwort, durch stärkere Unterstützung des Vietcong aus dem Norden, bedeutend größer geworden ist als vor einem Jahr, das muß man doch unumwunden anerkennen. Und auch sonst sind alte Gefahrenherde bedrohlicher geworden und dazu neue entstanden, so daß wir, nur menschlich sehend, nicht mit sehr großer Zuversicht ins neue Jahr eintreten könnten.

Ich will nicht versuchen, die Hauptereignisse von 1965 auf der Weltbühne hier auch nur in großen Strichen nachzuzeichnen, vielmehr einfach ein paar Linien daraus hervorheben, die mir besonders bedeutsam erscheinen, wobei freilich gleich zu bemerken ist, daß sich diese Linien — Friedenskampf und Kriegstreiberei, Auf- und Abrüstung, Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Kommunismus und Antikommunismus, Aufstieg und Niederhaltung der unterentwickelten Völker usf. — vielfach verschlingen und oft überhaupt nicht auseinanderzuhalten sind.

Das gilt gleich vom *Vietnamkrieg*. Er ist das ganze Jahr hindurch mörderisch weitergeführt und, wie gesagt, von den Amerikanern gewaltig ausgedehnt und verschärft, aber seiner militärischen Entscheidung keineswegs wesentlich nähergebracht worden, obschon die USA jetzt gegen 200 000 Mann ausgesuchter Kerntuppen im Kampf stehen haben. Und was vielleicht noch bedenklicher ist: die Regierung der Vereinigten Staaten hält die Lügen, die ihre Propaganda über den Charakter des Vietnamkrieges in der Welt verbreitet, nach wie vor krampfhaft aufrecht und täuscht ihr Volk unerschütterlich weiter, obwohl in der übrigen Welt, wie zum Teil auch in Amerika selbst, die Erkenntnis der Wahrheit offenkundig mehr und mehr durchbricht. Mit besonderer Heftigkeit besteht diese Propaganda darauf, daß es sich in Vietnam wie in Südostasien ganz allgemein um ein weltgeschichtliches Ringen mit dem kommunistischen *China* handle, das mit seiner hemmungslosen Angriffs- und Eroberungslust heute *der* große Menschheitsfeind sei und den zu bezwingen alle Kräfte der freien Welt

und ihrer Vormacht, der Vereinigten Staaten, aufgeboten werden müßten.

Am ersten August 1963 berichtete zwar die «New York Times», eine amerikanische Untersuchung auf höchster Ebene sei zu dem Schluß gekommen, «Peking werde höchst wahrscheinlich seine Politik des ‚geringsten Risikos‘ in auswärtigen Angelegenheiten nicht aufgeben»; die Vereinigten Staaten vermuteten, «China plane keine größeren Abenteuer». Aber am gleichen Tag behauptete Präsident Kennedy vor der Presse, die chinesische Regierung sei «nicht allein stalinistisch in innerpolitischen Angelegenheiten», sondern habe «außerdem zum Krieg aufgerufen, einem internationalen Krieg, um den Erfolg der kommunistischen Sache voranzutreiben». Ähnlich erklärte Präsident Johnson am 6. April 1965, Nordvietnam habe «die unabhängige Nation Südvietnam angegriffen», sei aber dazu «von Peking angetrieben» worden. «Der Konflikt in Vietnam ist ein Teil eines größeren Planes mit aggressivem Ziel.» Tatsache sei, «daß wir hier dem neuen Gesicht eines alten Feindes begegnen. Über diesem Krieg . . . lastet eine andere Realität: der dunkler werdende Schatten des kommunistischen China.»

Das Thema von Chinas Kriegswillen wird denn auch in den Vereinigten Staaten in unzähligen Variationen und in allen Tonarten abgewandelt. Und nicht nur in den Vereinigten Staaten; die sowjetische Propaganda hat es im Zusammenhang mit dem großen Streit zwischen Moskau und Peking ebenfalls aufgenommen und erweitert, was in Amerika und im übrigen Westen natürlich mit unverhohlener Befriedigung als wertvolle Unterstützung der eigenen Politik verzeichnet wird. Stewart Alsop zum Beispiel, einer der meistgelesenen Journalisten der USA, schrieb schon vor zwei Jahren (am 26. Oktober 1963) in der «Saturday Evening Post», die Russen hätten «keinerlei Geheimnis aus ihrer Überzeugung gemacht, daß Mao verrückt ist». Die «amerikanischen Experten» stimmten darin überein, daß das, was die Russen enthüllt hätten, «im Kern wahr» sei. Man müsse darüber im klaren sein, «daß der Wahnsinn in Peking eine Tatsache sei — und zwar eine Tatsache von weltweiter Bedeutung».

Was ist Wahrheit? Als Beweis für Chinas Angriffspolitik wird, wie man weiß, namentlich das Schicksal der Länder angeführt, die das Unglück haben, Chinas Nachbarn zu sein oder angeblich sonst seinem Ausdehnungsdrang im Weg zu stehen: Korea, Formosa, Tibet, Laos, Kambodscha, Thailand, Vietnam, Burma, Indien usw. Dabei wird verschwiegen, daß die Chinesen in Korea erst eingegriffen haben, als sich die amerikanische Armee unter McArthur (der dann von Truman abgesetzt werden mußte) anschickte, in China einzufallen. Es wird verschwiegen, daß China von Indien nur ein Grenzgebiet zurückverlangte, das sich dieses von Großbritannien

widerrechtlich hatte «schenken» lassen, und daß zu allerletzt Indien ein Recht hat, sich über Chinas Gewaltmethode zu beklagen, da es ja selber gegenüber Portugal (Goa) und Pakistan (Kaschmir) die gleiche Methode angewandt hat. Von einer Bedrohung Thailands und Burmas durch China zu reden, ist ohnehin grundlos. Tibet und Formosa waren von jeher Teile des chinesischen Reiches; im Fall von Tibet ist die Oberhoheit Pekings nie ernstlich bestritten worden, und gegen Formosa geht China so zurückhaltend vor, daß nur ein von Amerika unterstützter Angriff der Regierung Tschiang Kai-scheks auf China dieses in einen wirklichen Krieg verwickeln könnte. Was Laos betrifft, so sagte sein Ministerpräsident Souvanna Phouma bei seiner Ankunft in Paris am 25. September 1963, daß «die Volksrepublik China keinen Einfluß auf die Lage in Laos ausgeübt hat . . . Der Einfluß, den wir bemerken, politisch gesprochen, ist derjenige der Sowjetunion». Kambodscha andererseits fühlt sich, wie sein Regierungshaupt, Prinz Norodom Sihanouk, immer wieder betont, nicht von China bedroht, sondern von den Vereinigten Staaten, mit denen es nun tatsächlich auch in aller Form gebrochen hat. Und wenn schließlich Vietnam als Ziel chinesischer Eroberungsabsichten und Hanoi als Werkzeug Pekings genannt wird, so sollte man wissen, daß die Regierung Ho Chi Minh schon vier Jahre, bevor die Chinesische Volksrepublik gegründet wurde, die Macht übernahm; daß Vietnam ohne chinesische Hilfe seine Unabhängigkeit von Frankreich gewann; daß Ho Chi Minh nie ein Werkzeug chinesischer Herrschaftspläne gewesen ist und schon darum nicht stellvertretend für China (wie auch nicht aus eigenem Antrieb) einen Krieg in Südvietnam entfesselt hat. China ist auch jetzt noch äußerst vorsichtig mit einer Unterstützung Nordvietnams und würde nur gezwungen, nur im äußersten Notfall, militärisch gegen die Vereinigten Staaten eingreifen.

Auch in der revolutionären Ideologie der Chinesen liegt keinerlei Antrieb zur Unterwerfung anderer Völker unter ihre Herrschaft, sei es nun Vietnam oder sonst ein Volk außerhalb der Grenzen der Volksrepublik China. Darüber soll nachher noch ein Wort gesagt werden. Und wenn man aus amerikanischen Spionageberichten vernimmt, daß die Chinesen begonnen hätten, ihre südlichen Landesteile teilweise zu räumen für den Fall, daß die Amerikaner auch noch China mit Sprengbomben von der Luft her überschütten sollten, so zeigt das erst recht, daß nicht Peking auf Krieg sinnt, sondern daß es umgekehrt einen kriegerischen Angriff von seiten der Vereinigten Staaten fürchtet.

Die ganze Beweisführung der Amerikaner zur Stützung ihrer Anklagen gegen China fällt angesichts der redlicherweise nicht zu bestreitenden Tatsachen in sich selber zusammen und damit auch die Begründung, mit der die Washingtoner Regierung neuerdings die Aufnahme Chinas in die Organisation der *Vereinten Nationen* bekämpft und verhindert hat, wenn auch nur noch mit Hilfe des Beschlusses der Generalversammlung, daß für die Zulassung Chinas eine Zweidrittels-

mehrheit der UNO-Mitglieder nötig sei. Die Haltung der Vereinigten Staaten ist kaum mehr anders zu erklären als mit der Erwägung, daß eine Ausdehnung des Vietnamkrieges auch noch auf China unmöglich würde, wenn China Sitz und Stimme im Sicherheitsrat hätte. Alle anderen Gründe, die gegen Chinas Mitgliedschaft in der UNO vorgebracht werden, sind nur noch Spiegelfechterei und kommen besonders nicht gegen die Tatsache auf, daß Chinas Feindseligkeit gegen Amerika einfach die Antwort auf die amerikanische Feindseligkeit gegen China ist, die ihrerseits größtenteils dem Gefühl einer doppelten Demütigung der Vereinigten Staaten durch China entsprungen ist: Demütigung durch die erfolgreiche Abwehr des Versuches, nach dem Zweiten Weltkrieg China dem amerikanischen Machtbereich ebenso einzuverleiben wie Japan, und Demütigung durch Chinas Eingreifen in den Koreakrieg, das die Vereinigten Staaten zum unentschiedenen Abbruch dieses Krieges zwang. Der Amerikaner Felix Greene hat recht, wenn er in einem Buch über China schreibt: «Eine Niederlage von chinesischer Hand zu erleiden, war eine aufstachelnde nationale Erniedrigung. Zum Stillstand militärisch gezwungen zu werden und (in Korea. H. K.) einen Waffenstillstand, der uns keinen Sieg brachte, unterzeichnen zu müssen, war eine Erfahrung, die sich mehr in unser Nationalgefühl eingefressen hat, als es uns vielleicht klar ist. Es ist diese Erniedrigung und die Erbitterung, die aus ihr entstand, die es uns so schwierig macht, China und seine Handlungen ohne Leidenschaft zu sehen.»*

Kampf dem Imperialismus! Es ist natürlich nicht bloß das Gefühl, von China gedemütigt worden zu sein, das hinter der erbitterten Feindseligkeit der Amerikaner gegen die Chinesische Volksrepublik steht. Es sind mindestens ebensowohl höchst greifbare *machtpolitische Belange*, die Amerikas herrschende Klasse auch in ihrer Ostasienpolitik bestimmen. Es ist kaum übertrieben, wenn die Neuyorker «Monthly Review» vor etlichen Jahren (Oktober 1963) feststellte, daß die regierende Oberschicht der Vereinigten Staaten, «jetzt und wahrscheinlich auf lange hinaus von der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes unterstützt, fähig ist, buchstäblich alles zu unternehmen, was sie für die Erhaltung ihres Daseins für wichtig erachtet. Wir meinen damit nicht ihr Dasein als einer Ansammlung von Männern und Frauen, sondern ihr Dasein als einer bevorrechteten Minderheit in einer Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung nicht allein der eigenen Arbeiter beruht, sondern

* Felix Greene, «China — an Image of Conditioned America» (etwa: Das verfälschte amerikanische Bild von China), zitiert nach den «Darmstädter Blättern», Nr. 10/1965. Wir möchten diese Monatsschrift, die nur Auszüge aus bemerkenswerten Veröffentlichungen über Tatbestände und Vorgänge des Völkerlebens bringt, angelegentlich empfehlen. Jahresbezugspreis 6 DM. Redaktion: 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1.

auch auf derjenigen der Arbeiter des größtmöglichen Teils der übrigen Welt. Um ihre eigene ideologische Lieblingssprache zu benützen: die amerikanische Herrenklasse wird alles tun, was sie für nötig und angebracht hält, um die Freie Welt zu verteidigen und die amerikanische Lebensform aufrechtzuerhalten. Für diese Zwecke hat sie einen unglaublich zerstörungskräftigen Vorrat von Kernwaffen samt dem zugehörigen Beförderungssystem aufgebaut. In Hiroshima und Nagasaki zeigte sie, daß sie diese Waffen bedenkenlos für kriegerische und politische Ziele einsetzt, auch wenn ihr Dasein gar nicht bedroht ist. Es besteht keinerlei Grund zu der Annahme, daß sie auch in Zukunft irgendwie größere Hemmungen hätte, sie einzusetzen.»

Die propagandistischen Redensarten, die zur Bemäntelung dieser «realpolitischen» Ziele vorgebracht werden (zum Beispiel Präsident Johnsons Behauptung, Amerikas Absicht sei nichts anderes als «die Verteidigung und Beschützung der Freiheit eines wackeren Volkes, das sich angegriffen sieht»), sollten niemanden täuschen. Was hier unter Freiheit gemeint ist, weiß man — um von allem anderen zu schweigen — auch aus den Taten der Amerikaner in Ostasien und im Pazifikraum gut genug. Die Philippinen sind 1898 von der spanischen Oberherrschaft befreit worden; nach hartem Kampf mit der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung sind sie dafür von den Vereinigten Staaten unterworfen und militärisch besetzt worden und sind heute noch tatsächlich amerikanisches Untertanenland, trotz formaler Unabhängigkeit. Japan ist nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges «demokratisiert» worden — man weiß wie . . . Japans kleinere Inseln im Pazifik sind durch die Amerikaner von der Tokioter Fremdherrschaft befreit worden und gehören jetzt — wie Okinawa — zu dem gewaltigen Gürtel militärischer Stützpunkte, die die USA von Alaska über die Aläuten bis nach Südostasien hin gezogen haben. Einer dieser Stützpunkte ist auch Taiwan (Formosa), das die Amerikaner besetzt halten, damit es nicht unter chinesische Gewaltherrschaft falle. Südkorea haben sie gleichfalls befreit und halten es heute noch unter ihrer Militärherrschaft. Und Vietnam sollte wirklich, ausnahmsweise, frei und unabhängig werden, wenn die Vereinigten Staaten gesiegt hätten und den Frieden diktieren könnten? Man mutet da der Glaubensbereitschaft der Vietnamesen und der übrigen Völker Asiens dann doch gar zuviel zu!

Daß die Amerikaner entschlossen sind, ihren Krieg solange fortzusetzen, bis sich die Vietnamesen geschlagen geben und tun, was die Vereinigten Staaten verlangen, geht jedenfalls auch daraus hervor, daß die Regierung Johnson Ende 1964 und Anfang 1965 zwei- oder dreimal Verhandlungen abgelehnt hat, die ihr durch Vermittlung von UNO-Generalsekretär U Thant von der Regierung Nordvietnams angeboten worden waren. Ihre dauernd wiederholten Beteuerungen, sie sei jederzeit — also vor einer militärischen Entscheidung — und vollkommen bedingungslos zu Verhandlungen bereit, strafen die Regierenden in

Washington damit selber Lügen. In den Vereinigten Staaten wie in der übrigen Welt hat diese Enthüllung zuerst etwelche Unruhe erregt; aber daß man auch in Washington, bis zu oberst hinauf, solange lügt, bis die Wahrheit unwiderlegbar herauskommt, ist nichts Neues und wird von der gesitteten Welt auch in diesem Fall den Verantwortlichen nicht weiter nachgetragen. Die große Aufgabe bleibt darum bestehen: das ganze System kapitalistisch-imperialistischer Machtpolitik zu überwinden, zu dem Lug und Betrug ebenso selbstverständlich gehören wie rohe Militärgewalt und gewissenlose Unmenschlichkeit. Und die Frage ist nur, *wie* diese Höllenmächte gestürzt werden können, die uns alle mit körperlichem Untergang bedrohen.

Die Rolle der Unterentwickelten Fassen wir aber nur Mut! Der Imperialismus und Kolonialismus ist tatsächlich bereits im Niedergang begriffen. Er hat den Höhepunkt seiner Macht längst überschritten, vor allem der *amerikanische* Imperialismus. Ja, vor zwanzig Jahren, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, stand er in der ganzen Fülle seiner Macht scheinbar unangreifbar da. Der deutsche (und italienische) Herrschaftstraum war ausgeträumt. Japans ostasiatisches Großreich war zerschlagen. Die westeuropäischen Kolonialreiche waren erschöpft und der Auflösung nahe. Die Sowjetunion, durch den Krieg fürchterlich mitgenommen, war kein zu fürchtender Gegner mehr. Das «amerikanische Jahrhundert» schien angebrochen.

Heute droht sich auch dieser Traum zu verflüchtigen. Westeuropa hat sich — zum Teil mit amerikanischer Hilfe — glänzend erholt und tritt gegenüber den Vereinigten Staaten immer selbstbewußter auf. War es nach dem Krieg ein Werkzeug der neuerwachten amerikanischen Feindschaft gegen die Sowjetunion, so sucht es jetzt Amerika für seine eigenen Zwecke einzuspannen, die nicht unbedingt auch diejenigen der Vereinigten Staaten sind, wenn die lieben Verbündeten nicht, wie Frankreich, Amerika überhaupt aus Europa forthaben wollen. Das sozialistische Osteuropa ist gleichzeitig mächtig erstarkt; in Asien steigt China mehr und mehr zu Großmachtrang auf; in Asien, Afrika und Lateinamerika hat der alte Kolonialismus gewaltig an Boden verloren und fordern die unterentwickelten Völker den nordamerikanischen Imperialismus immer offener zum Kampf heraus... Der Kapitalismus ist überall — außer in den USA, in Westeuropa und vielleicht in Japan — unglaublich geworden und wird als das entscheidende Hindernis für den Aufstieg der «zurückgebliebenen» Völker erkannt, während der Sozialismus in den mannigfachsten Formen die Köpfe und Herzen erobert.

Aber noch immer ist die *Not der unterentwickelten Völker* riesengroß. An der jüngsten Konferenz der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft in Rom wurde erneut festgestellt, daß fast

die Hälfte der Weltbevölkerung an Hunger oder falscher Ernährung leide, daß sich die Kluft zwischen den wohlhabenden und den armen Nationen noch immer erweitere und daß für die nächsten fünf bis zehn Jahre mit schweren Hungersnöten in den am wenigsten entwickelten Gebieten der Erde zu rechnen sei, wenn es nicht gelinge, die Lebensmittelerzeugung entscheidend zu vermehren. Wie beunruhigend die Lage beispielsweise in Indien, dem nach China vollreichsten Land Asiens, bereits geworden ist, zeigt die Tatsache, daß dort neuerdings die Rationierung wichtiger Lebensmittel eingeführt werden muß, obwohl auch diese Notmaßnahme nicht das tägliche Wegsterben Tausender von hungernden Menschen in den Städten und Dörfern Indiens verhindern kann. In anderen Ländern Asiens steht es nicht besser. Desgleichen in Afrika, sowohl nördlich als südlich der Sahara.

Und in Lateinamerika? Hanns Jobst erklärt es in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Köln, Heft 11/1965) mit Recht als widersinnig, daß «von der Bevölkerung eines Kontinents, dessen Bodenschätze unermesslich sind, eine dünne Oberschicht im Überfluß und die Masse im Elend lebt . . . Über 50 Prozent der Lateinamerikaner sind Analphabeten, über 50 Prozent hungern, die Säuglingssterblichkeit liegt stellenweise bei 15 Prozent.»

Der Verfasser des Aufsatzes spricht es auch deutlich genug aus, wo die *Ursache* dieses Elends zu suchen ist: bei der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft der Oberschichten, «die den eigenen Überfluß für selbstverständlich halten . . . Und was an ihn rührt, ist für sie fluchwürdige Infiltration und kommunistische Subversion.» Die reichen einheimischen Herrenklassen stehen aber in engstem Bund mit der besitzenden Oberschicht in Nordamerika, die jeden Versuch von Lateinamerikanern, den Boden und seine Schätze in die Hände des Volkes zu bringen, mit all ihren starken Machtmitteln ersticken. Brasilien ist eines der jüngsten Beispiele dieser Art. «Nordamerikanisches Kapital», so schreibt Jobst, «steckt in den chilenischen Kupferminen von Chuquicamata, El Salvador und Tocopilla, wie in den venezolanischen Eisenlagern im Cerro Bolivar . . . Ähnliches galt bis 1960 von den Zucker- und Tabakpflanzungen, dem Eisenerz- und Nickelbergbau auf Kuba . . .; es gilt nach wie vor von den Bananen- und Kaffeeplantagen in Guatemala und den Bananenpflanzungen in Honduras, die sich überwiegend im Besitz der nordamerikanischen United Fruit Company befinden.»

Das heißt aber, daß den unterentwickelten Völkern, wie überall sonst auf der Welt so auch in Lateinamerika, nur geholfen werden kann, wenn die ausbeuterische Herrschaft der einheimischen und der ausländischen, vorab der nordamerikanischen Kapitalistenklassen gebrochen wird und die ungeheuren Geldmittel und Kräfte, die jetzt in militärische Rüstungen gesteckt werden, um diese Herrschaft aufrechtzuerhalten, der großzügigsten Hilfe für die unterentwickelten Länder zugewandt werden. Alle Versuche, das Problem der unterentwickelten

Nationen zu lösen und doch die kapitalistischen Besitzverhältnisse bestehen zu lassen, sind bisher gescheitert und werden weiterhin scheitern. Man kann auch hier den Pelz nicht waschen, ohne ihn naß zu machen. Das wissen die führenden Gruppen der sozialen und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien schon heute, und die Massen der verelendeten farbigen Nationen werden es morgen auch wissen. Sie haben nur noch die Wahl, zu *verhungern oder zu kämpfen*.

Das wissen aber die Nutznießer des Elendsdaseins der «zurückgebliebenen» Volksmassen ebenfalls. Im besonderen die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten. Sie sucht mit allen Mitteln den Niedergang und schließlichen Zusammenbruch des nordamerikanischen Imperialismus aufzuhalten. Der entscheidende Ort, an dem das geschehen soll, ist für sie Südostasien, mit Vietnam als Mittelpunkt. Darum die verzweifelte Anstrengung der Amerikaner, die soziale Revolution, die dort im Gang ist, zu ersticken, und die schwere Versuchung, darüber hinaus das neue China zu zerbrechen, dessen Befreiung von aller Fremdherrschaft für die Völker ganz Ostasiens, ja Asiens überhaupt, das große Vorbild geworden ist, dem sie nacheifern, um auch *ihre* Befreiung von kolonialer und imperialer Ausbeutung zu erlangen.

Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten dieser Versuchung erliegen und ihren Krieg auch über Nordvietnam hinaus nach China hineinragen sollte, so wie sie ihn über Südvietnam hinaus nach dem Nordteil des Landes getragen hat, dann droht freilich ein unabsehbares Weltunglück. Schreckt man aber in Washington vor dieser Aussicht doch noch zurück, dann bleibt den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig, als sich mit dem Bestand eines sozialistisch-kommunistischen China und mit Chinas Ausstrahlung auf das weitere Gebiet Asiens ebenso abzufinden, wie sich Westdeutschland mit dem Bestand eines sozialistisch-kommunistischen Osteuropa abfinden muß, so schwer das, wie der Bonner Republik, so den USA auch fallen mag. An diesem Punkt, an diesem Kreuzweg stehen wir beim Übergang ins Jahr 1966.

Der Weg des Kommunismus Kann *China* selbst und kann die andere kommunistische Großmacht, die *Sowjetunion* mit ihren Verbündeten, etwas dazu beitragen, daß die Vereinigten Staaten sich schließlich für die friedliche Koexistenz mit China entscheiden? Ohne Zweifel — aber doch nur, wenn die beiden kommunistischen Reiche selber lernen, friedlich miteinander auszukommen. Und dazu scheint heute eben auf beiden Seiten weniger als je Neigung zu bestehen. Man redet sogar davon, daß der im ablaufenden Jahr auch auf sowjetischer Seite neu aufgenommene Bruderkampf dem endgültigen Bruch entgegentreibe, in Gestalt eines förmlichen Ausschlusses der chinesischen Kommunisten aus der

kommunistischen Weltgemeinschaft. Ist das aber wirklich unvermeidbar geworden?

Einer der führenden Kommunisten Chinas, Vizeministerpräsident Lin Piao, hat kürzlich in der «Peking Review» den chinesisch-sowjetischen Gegensatz neu umschrieben. Danach gibt es zwei wesentlich verschiedene Auffassungen von dem Weg, der zum Sieg des revolutionär-sozialistischen Kampfes gegen den Weltkapitalismus führen soll. Der «chinesische Weg», der von den Erfahrungen des revolutionären Befreiungskampfes in China ausgeht, setzt sich als erstes Hauptziel die Er kämpfung der Unabhängigkeit der im weitesten Sinn kolonialen Länder, die zugleich ganz vorwiegend Agrarwirtschaft betreiben. Ihre Befreiung, so sehen es die chinesischen Kommunisten, müsse im Bund mit den fortgeschrittenen Schichten des nationalen Bürgertums unternommen werden, werde dann aber mehr und mehr auch die Sache der Arbeiter der Städte und Industriegebiete und ende mit dem Zusammenschluß von Bauern und Arbeitern unter sozialistisch-revolutionärer Flagge. Und wie in jedem einzelnen Land die Befreiung von Feudalismus und Kolonialismus erkämpft und die sozialistische Umwälzung durchgeführt werden müsse, so solle es auch im Weltmaßstab sein: die siegreichen Agrarländer kreisen allmählich die industriell-kapitalistischen Länder ein, schaffen ihnen wachsende, zuletzt unüberwindliche Schwierigkeiten und wecken die revolutionären Kräfte auch in ihnen, mit dem Sturz der alten Ordnungen als krönendem Endergebnis.

Der «russische Weg» wäre dann der direkte Angriff auf die industrialisierten Staaten und ihren Kapitalismus mit einer von Anfang an sozialistischen Zielsetzung; er begänne in jedem Land in den Städten und würde sich von dort auf das Land ausbreiten, was auf den Weltmaßstab übertragen hieße, daß die unterentwickelten, vorwiegend agrarischen Kolonialländer vorerst auf der Seite gelassen werden müßten, bis die Entwicklung in den Industrieländern so weit fortgeschritten sei, daß sich die Revolution auch hier durchsetzen könne.

Es liegt auf der Hand, daß diese (hier nur in groben Umrissen gezeichnete) Revolutionslehre viel zu schematisch ist, als daß sie den so ungeheuer verschiedenartigen Verhältnissen in den einzelnen Ländern von vier Erdteilen gerecht werden könnte. Sie entspricht nicht einmal den bisherigen Erfahrungen im Kampf für den Sozialismus; man denke nur an die russische Revolution, die in einem fast mittelalterlich rückständigen Agrarland mit einer dünnen industriell-kapitalistischen Oberschicht durchgeführt wurde. Und sie ist als starre Regel erst recht nicht auf die Kämpfe der Gegenwart und Zukunft anwendbar. Was im China der dreißiger und vierziger Jahre gut wahr, muß keineswegs auch in den unterentwickelten Ländern der Welt von heute gut sein.

Aber die von Lin Piao entwickelte Theorie drückt auch die tatsächlichen Gegensätze zwischen dem chinesisch-östlichen und dem sowjetisch-westlichen Kommunismus nur sehr unvollständig aus. Für

die Russen ist es vielmehr vor allem kennzeichnend, daß sie die sozialistische Revolution in ihrem eigenen Land (und in Osteuropa überhaupt) so ziemlich hinter sich zu haben glauben und sie gewiß auch in den entwickelten kapitalistischen Staaten wie in den unterentwickelten und noch wenig industrialisierten Ländern vollzogen wissen möchten, aber es dabei nicht auf einen Weltkrieg mit den imperialistischen Staaten ankommen lassen wollen. Und eben das, die Zurückstellung des Kampfes für die Befreiung der unterentwickelten Völker zugunsten einer friedlichen Koexistenz mit den imperialistischen Staaten, nimmt man ihnen auf chinesischer Seite so furchtbar übel und legt es, wie auch die neue Wirtschaftspolitik der Sowjetunion, als Aufweichung, ja Preisgabe des Sozialismus und Begünstigung einer neuen kapitalistischen Weltherrschaft aus, von der die Sowjetunion selbst zu profitieren hofft.

Das sind aber in dieser zugespitzten Form ganz offenkundig ungerechte Anklagen. Mit ihrem Streben, einen kriegerischen Zusammenstoß der sozialistischen mit der kapitalistischen Welt zu vermeiden, hat die Sowjetunion angesichts der über uns hängenden Gefahr einer atomaren Vernichtung der Menschheitskultur nur allzusehr recht. Und die *neue Wirtschaftspolitik*, die sich in den Ländern des Sowjetblocks entfaltet und gerade in diesem Jahr so starke Fortschritte gemacht hat, ist sicher in erster Linie von der Notwendigkeit eingegeben, die Wirtschaft aus bürokratischen Fesseln zu lösen, die ein schweres Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte und der bestmöglichen Versorgung der Völker mit Verbrauchsgütern geworden sind. (Wir gedenken in Bälde auf diese Dinge genauer einzutreten.) Aber daß in dieser Wendung zu einer freieren, beweglicheren Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit doch die Gefahr liegt, es könnten dem kapitalistischen Gewinnstreben Zugeständnisse gemacht werden, die für den Sozialismus tödlich werden müßten, scheint mir ebenfalls erwiesen. Hier muß man die Chinesen ebenso verstehen wie in ihrer Abwehr der Beschuldigung, sie nähmen die Gefahr eines neuen Weltkrieges leicht, ja sie hielten ihn für notwendig, wenn der westliche Imperialismus gebrochen werden solle. Auch in der vorhin umrissenen Revolutionslehre, wie sie Lin Piao vertritt, liegt keinerlei Antrieb zu einer Steigerung des Kampfes der «kolonialen» Völker bis zu seiner kriegerischen Entscheidung. Hier wird lediglich angenommen, daß zunächst die nationale und soziale Revolution in den zurückgebliebenen Ländern — wenn auch im bewaffneten Kampf — durchgeführt werden müsse, und daß erst dann in den altindustrialisierten Staaten eine Lage entstehen werde, die auch hier die jetzt schlummernden sozialistischen Kräfte auf den Plan rufen und ihnen den Durchbruch ermöglichen werde. Von einem Angriff bereits zum Sozialismus übergegangener Länder auf Nordamerika und Westeuropa ist so wenig die Rede wie von der Eroberung noch im Kolonialzustand steckender Länder durch sozialistische Staaten wie China und Nordvietnam.

Man sollte darum meinen, daß zwischen dem «russischen» und dem «chinesischen» Weg zur Überwindung des Weltkapitalismus nicht der unüberbrückbare Gegensatz bestehe, den die Wortführer der beiden Lager herausgearbeitet haben. Der Sozialist, der weder der Sowjetunion noch China verpflichtet ist, kann es jedenfalls nur schwer verstehen, daß die sozialistische Weltbewegung zwischen dem einen oder dem anderen Weg entscheiden müsse. «Alles kommt darauf an», möchten wir mit Arno Peters sagen («Periodikum», München, Nr. 23), «daß er sich nicht vor diese Alternative stellen läßt. Er wird mit den Chinesen die ‚Los-von-Moskau‘-Bewegung tragen — aber er wird sich hüten, dabei ins Schlepptau Pekings zu geraten. Im Besitze der vollen Selbständigkeit werden die sozialistischen Parteien der Erde gleichberechtigt nebeneinanderstehen und gemeinsam die Probleme der Weltrevolution lösen — national, soweit es möglich ist, und mit Hilfe aller revolutionären Parteien der Erde, wenn sich diese Notwendigkeit ergibt.»

.... und des Sozialismus Es ist betrüblich, aber doch ganz in Ordnung, daß man vom Sozialismus — genauer: vom *Sozialdemokratismus* — kaum mehr redet, wenn man über den wirksamsten Kampf gegen den Weltkapitalismus verhandelt. Ja natürlich, es gibt noch immer die Zweite Internationale, und ihre Führer kommen gelegentlich zu Sitzungen in Brüssel, London oder sonstwo in Westeuropa zusammen. Aber was sind das schon für Männer? Meistens Minister in kapitalistischen Regierungen oder solche, die es werden möchten, vielleicht auch schon gewesen sind, auf jeden Fall Leute, die sich mit den herrschenden Ordnungen ganz gut abgefunden haben, die das «marxistische Gepäck» als höchst unnötigen Ballast abgeworfen haben, die fest «auf dem Boden der Tatsachen» stehen und nicht zuletzt mit ihrem Antikommunismus und Militärpatriotismus die zuverlässigsten Garanten von Ruhe und Ordnung im modernen Wohlfahrtsstaat sind. Von *denen* haben die Herrschenden wirklich nichts zu besorgen; sie sind längst gezähmt und ungefährlich geworden, diese Mollet und Spaak, Wilson und Pittermann, Krag und Brandt und wie sie alle heißen. Jetzt wird dann auch der alte Revolutionär Pietro Nenni zu ihnen stoßen, der die Sozialistische Partei Italiens — so lang eine charaktvolle Ausnahme von der Regel — vollends *auch* auf den Weg der Sozialdemokratie gebracht hat und ihre Verschmelzung mit der Partei Saragats, des nunmehrigen italienischen Staatspräsidenten, vorbereiten darf.

Die schmerzlichste Enttäuschung ist aber wohl Harold Wilson, der immerhin eine sozialistische Vergangenheit zu verteidigen gehabt hätte, nun aber den amerikanischen Vietnamkrieg verteidigt, die britischen Kolonialinteressen in Malaysia schützt und gegenüber der weißen Herrenrasse in Rhodesien, hinter der ebenfalls mächtige Wirt-

schaftskräfte stehen, so schwächlich auftritt, daß sich der faule Kompromiß mit Mr. Smith schon heute deutlich genug abzeichnet. Wilson, der den rhodesischen Rebellen nicht als übergeordneter Staatschef des Mutterlands entgegentrat, sondern mit ihnen als Gleicher mit Gleichen verhandelte, hätte ja von Anfang an den weißen Rassenpolitikern gern nachgegeben, wenn sie nur ein klein wenig eingelenkt hätten. Als aber Smith, Wilsons Schwäche wohl erkennend, sich nicht erschüttern ließ, blieb dem britischen Premier nichts anderes übrig, als doch zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, die nun aber so angelegt wurden, daß sie höchstens auf lange Sicht wirksam werden und die weiße Minderheit ihre Apartheidspolitik auch weiterhin aufrechterhalten kann. Und die Labourpartei läßt ihren Führer tatenlos gewähren, um nur ja an der «Macht» zu bleiben — einer Macht wofür? muß man wirklich fragen. Die Konservativen machen das doch viel besser und brauchen dabei sich selber nicht zu verleugnen . . .*

Aber so ist es eben: auch die Arbeiter, das Parteivolk, die Gewerkschaftsmitglieder sind, vom «Wirtschaftswunder» eingeschläfert, in England wie anderwärts für die Besitzenden selber ungefährlich geworden. Rolf Hochhuth, der Verfasser des «Stellvertreters», vermerkt es in seinem Beitrag zu dem Sammelband «Plädoyer für eine neue Regierung» (in Westdeutschland) mit Bitterkeit: «Heute sagt man dem Besitzlosen nach, er sei *nicht* mehr gemeingefährlich — und nicht einmal unsere Besitzlosen merken, daß dies die schändlichste Beleidigung ist, die man ihnen anhängen kann. Ein Unternehmer würde sich mit Recht verbitten, für harmlos gehalten zu werden, für demütig und fernlenkbar. Daß jene, die, ungehindert von den Übervorteilten, seit Jahren ihre industriellen Hausmächte aufbauen, die narkotisierende Parole versprühen, unsere Gesellschaft sei klassenlos geworden, das hat seine Logik. Daß die Deklassierten es *glauben*, nur weil sie inzwischen auf Raten einen Kühlschrank kaufen können, ist würdelos . . . Daß der Arbeiter heute nicht kämpfen will, das werden ihm seine Kinder schwerlich verzeihen . . . Wie aber, wenn auch bei uns die Millionen in den Städten, die nicht einmal einen Kartoffelacker ihr eigen nennen, eines Tages nicht mehr satt werden, weil Automation und

* Einige Hoffnung erweckt der Ausgang der Präsidentenwahl in *Frankreich*. Daß General de Gaulle das Vertrauen der Mehrheit seiner «Untergebenen» verloren hat, drückt sich gewiß zum guten Teil im Auftreten eines eigenen katholischen Bewerbers um die Präsidentschaft aus, aber noch mehr in dem Entschluß der gesamten Linken, von den fortschrittlichen Bürgerlichen über die Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialisten zu den Kommunisten, dem «Retter des Vaterlands» einen gemeinsamen, ernsthaften Konkurrenten entgegenzustellen. Das gab dem Kampf gegen de Gaulle erst den eigentlichen Schwung. Und wenn auch de Gaulle, der sich — für ihn demütigend genug — zu einem zweiten Wahlgang stellen muß, schließlich doch wieder ins Elysée einziehen wird, so ist trotzdem seine autoritäre Machtstellung innerlich gebrochen. Man muß nur wünschen — und darf wohl auch hoffen —, daß die Linke einig bleibt und daß namentlich auch unter de Gaulles Nachfolger Frankreich nicht wieder ins amerikanische Fahrwasser gerät.

andere Ursachen, von denen wir heute noch nicht träumen und wissen, zu umfassender Arbeitslosigkeit führen? Wie schnell kann sie kommen!»

In Westdeutschland kündigt sie sich ja bereits sachte an. Eine so wenig radikale Wochenschrift wie die freilich auch nicht regierungstreue «Zeit» warnte letzthin: «Wir haben in den letzten Jahren bei einigen Nachbarländern beobachten können, wie es weitergeht, wenn der Abstieg erst einmal begonnen hat. Dem Importsog folgen bald Rückschläge auf den Exportmärkten, der Devisenvorrat schmilzt immer schneller, die Kapitalflucht setzt ein, Betriebe müssen schließen, es kommt zu Kurzarbeit, Entlassungen — die Wirtschaftskrise ist da . . . Das wäre dann allerdings kein Verhängnis, das unversehens über lauter Gerechte hereinbricht. Das Übel der schleichenden Inflation hat unseren wirtschaftlichen Aufstieg vom ersten Tag an begleitet.»

Ist es etwa in unserer Schweiz viel anders? Das Wort «Inflation» ist auf aller Lippen, und kein Mensch traut den «konjunkturdämpfenden» Maßnahmen der Bundesregierung, die selbst alles tut, um die Teuerung zu fördern und die ungesunde Wirtschaftsaufblähung zu ermutigen. Auch die Kriegsrüstungen werden die kapitalistische Wirtschaft nicht ewig stützen können — was aber dann, wenn sie nicht mehr höherzutreiben sind? Nicht einmal das strotzend üppige Amerika hält das auf die Länge aus; wieviel weniger Westeuropa, das schon jetzt Erschlaffungszeichen von sich gibt! Oder soll dann wieder die Flucht in den Krieg weiterhelfen — in den Krieg, der den Kapitalismus mitsamt allem Sozialismus umbringen würde?

«An der Schwelle des Dialogs»? Nur andeutungsweise möge zum Schluß noch eines Ereignisses gedacht werden, das dem scheidenden Jahr nicht zuletzt sein Gepräge verliehen hat: der Weiterführung und Beendigung des *Zweiten Vatikanischen Konzils*. Über die Ergebnisse der Konzilsverhandlungen im einzelnen mögen andere berichten, die dafür zuständig sind als der Schreiber. Aber mögen diese Ergebnisse — wie es offenbar der Fall ist — auch noch so mager sein, mag es überhaupt eine Selbsttäuschung sein, für eine absehbare Zukunft auf diejenige Reform der Römischen Kirche zu hoffen, die allein sinnvoll wäre: ihre Wandlung von einer Einrichtung der organisierten Religion (im Sinne von Leonhard Ragaz) zum Werkzeug der Herrschaft Gottes auch über diese Erde — so scheint es doch, als bahne sich im Schoße der Romkirche auf einem bestimmten Gebiet eine Entwicklung an, die Zukunft und Verheißung haben kann. Ich meine eine stärkere Hinwendung zu den *gesellschaftlichen Aufgaben*, die unserer Zeit zur Bewältigung gestellt sind.

Im «New Statesman» (12. November) glaubt der Chefredakteur des großen Labourblattes, Paul Johnson, der selber Katholik ist, auf

Grund seiner Fühlungnahme mit Konzilskreisen in Rom feststellen zu können: «Das römisch-katholische Denken entwickelt aus sich eine neue Art Materialismus, der den Menschen und seine irdischen Verhältnisse in den Vordergrund stellt. Die Angriffssachse verschiebt sich von der jenseitigen Welt zu der gegenwärtigen hin.» In dem Konzilsbericht über die Kirche in der modernen Welt heißt es tatsächlich, die Katholische Kirche müsse ein Werkzeug gesellschaftlicher Wandlungen und des Kampfes für die Gleichheit unter den Menschen werden. «Das Menschengeschlecht entdeckt, daß seine Zukunft in hohem Maße von der Solidarität zwischen allen Menschenwesen abhängt. Diese Solidarität muß wirksamer und weltumfassend werden und zu voller Reife emporwachsen. Schöne Gefühle genügen nicht. Handeln tut not, und alle müssen zusammenwirken.»

Wenn das auch nicht neue Töne sind — Papst Johannes XXIII. zum Beispiel hat sich noch kräftiger geäußert —, so scheint es doch, als zeichne sich hier eine wachsende Bereitschaft auch der Romkirche ab, mit den auf rein weltlichem Boden arbeitenden Bewegungen für die gründliche Umgestaltung der sozialen Ordnungen ins Gespräch zu kommen. Das war ja schon von jeher das Anliegen des sozialen und sozialistischen Christentums evangelischen Bekenntnisses. Professor Hromádka hat es in seinem Büchlein «An der Schwelle des Dialogs» neuerdings ausgesprochen: «Hier kann der gläubige Christ seine Solidarität mit dem unter Beweis stellen, der als Marxist die Gesellschaftsordnung von morgen baut. Hier fragen wir uns, weshalb der marxistische Erbauer der sozialistischen Gesellschaft die religiösen Motive aus seinem Denken und Planen eliminiert und weshalb seine Tätigkeit sich häufig auch gegen den traditionellen Glauben und die Kirche richtet. Hier müssen wir nachdenken, wodurch wir selbst diese Tatsache verschuldet haben, und uns fragen, wie wir die schöpferischen Kräfte des Evangeliums dem modernen säkularisierten Menschen in seinem Bemühen um eine neue Gesellschaft und einen neuen Menschen bezeugen können.»

Und wenn wir hören, daß auch auf marxistisch-leninistischer Seite die Bereitschaft wächst, die Christen ernstzunehmen, die ihr Bekenntnis selber ernstnehmen, dann haben wir trotz allem doch guten Grund, ins neue Jahr mit der Zuversicht hineinzugehen, daß das rettende Licht der Welt, das in Christus erschienen ist, seinen Glanz auch in die geistige und politische Dunkelheit unserer gottfernen Zeit hineinzuworfen die Kraft habe.

1. Dezember

Hugo Kramer